DAS OFFIZIELLE MAGAZIN DER JUNGEN ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Patria



Ausgabe #3 · 03/2020

Impressum

Herausgeber
Junge Alternative für Deutschland
Mitgliedermagazin PATRIA
Schillstraße 9-11
10785 Berlin
E-Mail: info@jungealternative.com

Redaktion
Yannick Noé (v.i.S.d.P), Tomasz Froelich, Sven Kachelmann, Felix Koschkar
E-Mail: redaktion@patria.online

Autoren dieser Ausgabe
Stephan Brandner, Jan Nolte, Ferdinand Vogel, René Aust, Vadim Derksen, Manuel Wurm

Die Beiträge der Autoren spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Herausgeber wider.

Gastbeiträge und Kommentare fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Jungen Alternative für Deutschland decken. Die Redaktion hält sich vor, Einsendungen redaktionell zu bearbeiten und zu kürzen.

Sonderveröffentlichungen sind Beiträge, die gewerblicher Natur sind und bezahlt werden. Sie sind gekennzeichnet und erscheinen außerhalb der redaktionellen Verantwortung von PATRIA.

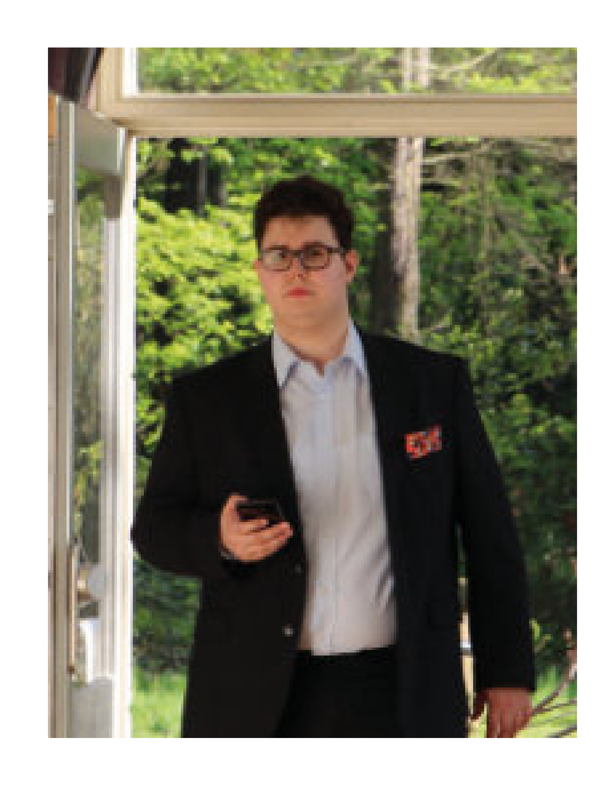
Anzeigen & Sonderveröffentlichungen
Felix Koschkar
E-Mail: anzeigen@patria.online

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 1000 Exemplare
Jahresbezugspreis: Bei einer JA-Fördermitgliedschaft oder einer JA-Mitgliedschaft (ab Silber) ist der Jahresbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Heftpreis: 5 Euro
Der Weiterverkauf des Magazins ist untersagt und wird juristisch verfolgt.
Bankverbindung
Berliner Sparkasse, IBAN: DE 6210 0500 0001 9072 1987, BIC: BELADEBEXXX

Vorwort

Yannick Noé, Chefredakteur Patria

Liebe Mitglieder der
Jungen Alternative,



vor Euch liegt die dritte Ausgabe des Patria-Magazins. Da wir in bewegten politischen Zeiten leben, warten wir auch mit dieser Ausgabe wieder mit spannenden Themen auf. Leitthema dieser Ausgabe ist der Begriff „Soziales“. Wohin wird sich unsere Mutterpartei, die AfD, entwickeln? Landtagsabgeordneter René Aust hat uns daher das Thüringer Sozialkonzept in einem Beitrag vorgestellt.

Mindestens seit Februar war Thüringen wieder in aller Munde. Zum Thema Wahl von Kemmerich und was sonst noch passierte können wir die Beiträge in dieser Patria-Ausgabe ebenso wärmstens empfehlen, die unter anderem von unserem Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner verfasst worden sind.

Die Junge Alternative behauptet sich aber auch als digital und zukunftsfähig. Das bewiesen die Kollegen in NRW bei ihrer „Netzpolitischen Ideenwerkstatt“ in Düsseldorf, die wir euch in diesem Heft präsentieren. In Berlin wurde zudem das Filmstudio der Jungen Alternative ausgebaut und macht einen sehr guten Eindruck. Wenn Ihr dieses Heft in den Händen haltet, ist der Onlineshop der Jungen Alternative bereits an den Start gegangen und steht euch nunmehr zur Verfügung. Insgesamt sollten wir daher mit voller Motivation und gutem Gewissen in die nächsten Monate gehen. Die Junge Alternative ist auf einem sehr guten Weg der Professionalisierung und verfestigt ihre Strukturen innerhalb der AfD. So muss es weitergehen!

Euer Yannick Noé
Chefredakteur Patria-Magazin

INHALT





Stephan Brandner

Politisches Erdbeben in Thüringen:

Als Demokratie, Rechtsstaat und Föderalismus so richtig den Bach runtergingen

Es war der 5. Februar 2020, gegen 13:30, als lange Gesichter auf der einen und Freudentränen auf der anderen Seite das Bild im Thüringer Landtag bestimmten: Nach einem fünf Jahre andauernden ramelowschen linken Sozialismusversuch hatte die bürgerliche Mehrheit denkbar knapp – mit nur einer Stimme mehr – den Thüringer FDP-Landesvorsitzenden Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt. Nachdem im ersten und zweiten Wahlgang weder der AfD-Kandidat, ein parteiloser Bürgermeister, noch Ramelow von der ehemaligen SED eine Mehrheit erlangt hatten, trat im letzten Wahlgang Kemmerich an, wurde gewählt und nahm die Wahl an.

Was dann geschah, dürfte in Deutschland und überhaupt in sämtlichen (funktionierenden) Demokratien einzigartig sein: Die linksextremistische Fraktionsvorsitzende der sogenannten „Linke“ schmiss dem frischgewählten Landesoberhaupt einen – offenbar ursprünglich für Ramelow gedachten – Blumenstrauß vor die Füße, die Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten ging in linken Tumulten, linkem Gekeife und Gepöbel nahezu unter. Schnell zog der linke Mob auch vor dem Landtag auf und formierte sich am gleichen Abend gemeinsam mit den ehemaligen Ministern des beendeten Sozialismusprojekts – die fest mit damit gerechnet hatten, weiter im Amte herumdilettieren zu können und nun sehr enttäuscht waren – vor der Staatskanzlei.

Nach einem fünf Jahre andauernden ramelowschen linken Sozialismusversuch hatte die bürgerliche Mehrheit den Thüringer FDP-Landesvorsitzenden Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die deutsche Regierungschefin fordert aus dem Ausland, man müsse in einem Bundesland eine demokratische, abgeschlossene Wahl rückgängig machen, also annullieren!

Schnell zog der linke Mob auch vor dem Landtag auf

Was am Anfang noch nach schlechten Verlierern aussah, wurde schnell zu einer beispiellosen Hetzjagd gegen einen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten: Seine Kinder konnten nur mit Polizeischutz zur Schule, seine Frau wurde auf der Straße bespuckt und selbst die Kanzlerin – die dafür bekannt ist, lieber gar nicht zu reagieren als einmal zu viel, zumindest wenn mit unschönen Bildern zu rechnen ist – ließ aus Südafrika (!) verlauten, dass es sich um einen „unverzeihlichen Vorgang“ gehandelt habe und die Wahl „rückgängig“ gemacht werden müsse.

Man höre und staune: Die deutsche Regierungschefin fordert aus dem Ausland, man müsse in einem Bundesland eine demokratische, abgeschlossene Wahl rückgängig machen, also annullieren! Sie forderte damit die Absetzung eines eben erst ordentlich gewählten Regierungschefs. Ein klarer Verstoß gegen unsere Verfassung – die vertikale Gewaltenteilung, nach der sich jede staatliche Ebene nicht in andere einzumischen hat und Länder ihre Aufgaben alleinverantwortlich regeln (Art. 30 GG) – und rechtsstaatliche Prinzipien! Auch Union und SPD demonstrierten nach einer Sondersitzung des Koalitionsausschusses in Berlin Einigkeit und sprachen sich – wie ein bundesdeutsches Zentralkomitee – für die Absetzung Kemmerichs und für baldige Neuwahlen in dem Bundesland aus.

Und der Putsch – wie sollte es in unserem von den Altparteien beherrschten Land auch anders sein, – gelang, zumal auch nahezu sämtliche Medien, einschließlich des Zwangsstaatsfunkes, Gewerkschaften, Kirchen und einschlägig berüchtigter Institutionen der sich gerne selbst so nennenden „Zivilgesellschaft“, kräftig hetzten und geiferten: Nur kurze Zeit nachdem die Bundespolitiker sich für das Ende des FDP-Ministerpräsidenten ausgesprochen hatten, kam es wie es kommen musste. Kemmerich schmiss die Brocken hin, erklärte seinen Rückzug und tauchte in der Öffentlichkeit nicht mehr auf: selbst sein Stuhl im Bundesrat blieb bei der darauf folgenden Sitzung leer – aus Sicherheitsbedenken, wie es heißt. Kemmerichs komplettes Leben wurde von einem Tag auf den anderen auf den Kopf gestellt: gestern noch bester Kumpel von FDP-Chef Lindner, Karnevalsgallionsfigur in Erfurt, Politiker und angesehener, erfolgreicher Geschäftsmann, musste er nun um sein und das Leben seiner Familie bangen.



Kemmerich schmiss die Brocken hin, erklärte seinen Rückzug und tauchte in der Öffentlichkeit nicht mehr auf.

Ist Kemmerich auch sicher als politischer Sympathieträger keine erste (und auch keine zweite) Wahl, so muss doch klar sein, dass niemand es verdient hat, dass auf diese widerwärtige Art und Weise mit ihm umgegangen wird. Und: Auch als vielleicht drittklassige Ministerpräsidentenbesetzung wäre er als Bügerlicher immer noch um Längen besser als ein zweifelhafter sozialistischer Ministerpräsidentendarsteller.

Man sieht: In Deutschland sind für die Regierenden rechtliche Grenzen längst nicht mehr vorhanden – Recht und Gesetz werden von ihnen nur so lange beachtet wie es politisch nützlich ist. Man denke nur an das Asylrecht (dort vor allem Art. 16a GG), die EU-Verträge zur angeblichen Nichthaftung für andere Staaten, die Regelungen zum Schengenraum oder die Dublinabkommen. Auch Gewalt wird entgegen öffentlicher Bekundungen in der politischen Auseinandersetzung nicht etwa ausgeschlossen (wie es die Alternative für Deutschland seit Anbeginn tut!), sondern hingenommen, ja sogar gefördert, zum Beispiel über die sich inzwischen wie eine Merkel- oder Altparteienmiliz aufführende Antifa. Eine linksextremistischen Ideen anhängende Clique linker, staatsfinanzierter (denn wer hat sonst am frühen Nachmittag eines üblichen Arbeitstages Zeit, sich vor dem Landtag zu formieren?) Ideologen und ihre Helfershelfer, die alle panische Angst davor haben, dass ihnen eine bürgerlich-konservative Regierung den Geldhahn abdreht, hat durch die Verbreitung von Angst und Schrecken gemeinsam mit den in Berlin Regierenden und unter Befeuerung nahezu sämtlicher Medien und unter Einsatz von Straßenschlägern und Chaoten einen Ministerpräsidenten zu Fall gebracht. Wie nennt man so etwas? Richtig, einen Putsch. Man kann davon ausgehen, dass es so etwas schon lange nicht mehr gab: zuletzt vermutlich, als 1932 durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg die SPD-geführte (!) preußische Regierung, die allerdings im Gegensatz zum aktuellen Thüringer Fall keine (!) Mehrheit mehr hinter sich vereinen konnte, durch Reichskanzler Franz von Papen als Reichskommissar ersetzt wurde. Das war der sogenannte „Preußenschlag“. Ähnliches hat sich nun in Thüringen ereignet, nachfolgende Generationen werden möglicherweise vom „Thüringenschlag“ reden.

Ideologen und ihre Helfershelfer, die alle panische Angst davor haben, dass ihnen eine bürgerlich-konservative Regierung den Geldhahn abdreht.

Das war der sogenannte „Preußenschlag“.

Wie geht es nun weiter? Das politische Erdbeben hat mittlerweile einige politische Opfer gefordert: Der Thüringer CDU-Landes- und Fraktionschef Mike

„K(r)ampf gegen Rechts, also im Kampf gegen alles Bürgerliche, Patriotische und Vernünftige.

Wer CDU, Grüne, SPD oder FDP wählt, der wählt die Nachfolger der SED.

Mohring zieht sich zurück, die CDU-Vorsitzende will (also „soll“ oder „darf“ auf Merkels Geheiß) nicht mehr Kanzlerin werden und Bundesvorsitzende bleiben, Hirte ist kein Ostbeauftragter mehr und Kemmerich sowieso ruiniert. FDP und CDU sind binnen weniger Stunden umgefallen, sie konnten dem politischen und medialen Druck von Links nicht standhalten, und sind nun „voll auf Linie“ im „K(r)ampf gegen Rechts, also im Kampf gegen alles Bürgerliche, Patriotische und Vernünftige. Es liegt nahe, anzunehmen, dass sich so schnell niemand mehr trauen wird, die Hand gegen die Stimmen der parlamentarischen, medialen und „zivilgesellschaftlichen“ Linken zu heben. Die Rufe nach zügigen Neuwahlen sind verhallt, nachdem die ersten Umfragen ein desaströses Bild und den Verlust der bürgerlichen Mehrheit, aber auch Verluste für alle anderen Parteien – außer AfD und Linke – gezeigt haben.

Verloren haben in Thüringen viele: Kemmerich, Mohring, Ramelow, aber vor allem der Glaube an unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die sich nicht von linken Straßenschlägern und ihrem Terror beeindrucken lassen. Die Regierenden, die Altparteien, sie alle treten das Recht und unseren Rechtsstaat mit Füßen und interessieren sich nicht für die Grundlagen und Werte unseres Gemeinwesens. Eine starke Staatsanwaltschaft, ein funktionierender Rechtsstaat? Weitestgehend Fehlanzeige inzwischen. Und so wird es kommen, wie es kommen muss. Nur eine starke AfD ist Garant dafür, den linken Mob im Zaum zu halten und jedem Wähler muss klar sein, dass zukünftig mehr denn je gilt: wer CDU, Grüne, SPD oder FDP wählt, der wählt die Nachfolger der SED.

Ferdinand Vogel

Neue Front im Medienkrieg – Berliner Studio

Immer mehr Menschen in Deutschland fürchten sich davor ihre Meinung frei zu äußern. Sie fürchten sich vor der sozialen Ächtung, sind eingeschüchtert von der tendenziösen Berichterstattung, dem „Framing“ und „Nudging“ der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die tagein, tagaus ihr Narrativ von den „bösen Rechten“ spinnen dürfen.

Wer dort seine Nachrichten konsumiert, kann leicht zu dem Trugschluss gelangen, dass sich die ganze Republik gegen ihn verschworen hat. Wer Positionen vertritt, die denen der AfD nahestehen, oder mal zum Grundsatzprogramm der CDU von vor zehn Jahren gehörten, wird dämonisiert, verächtlich gemacht und durch den Kakao gezogen. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass sämtliche Hemmschwellen bei den öffentlich-rechtlichen Medien bezüglich der AfD gefallen sind. Nach dem vermeintlichen „Skandal“ in Thüringen und dem Amoklauf eines Verrückten in Hanau wird astreine Propaganda gegen die einzige verbliebene Oppositionspartei im Land gemacht, die sich nicht dem Linksblock angeschlossen hat.

Wir können als junge Partei und Junge in der Partei nicht erwarten, dass uns die rotgrünen Massenmedien des öffentlich-rechtlichen Rotfunks fair behandeln. Auf der Grundlage dieser Tatsache haben wir uns als JA-Berlin schon im Sommer 2019 dazu entschlossen die Aufgabe zu übernehmen, die eigentlich bei den staatlichen Medien liegen müsste: nämlich fair zu berichten, politisch unkorrekte Probleme zum Thema zu machen und der AfD sowie der JA die Außendarstellung zu verleihen, die sie verdient haben. Wir wollen uns in dem Licht



präsentieren, dass uns gerecht wird, und die Brennpunkte der Gesellschaft ins Licht der Aufklärung rücken, die von Seiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks selten und wenn, dann nur mit der rosaroten Brille betrachtet werden – und dabei auch mal herzhaft lachen.

Sämtliche Hemmschwellen bei den öffentlich-rechtlichen Medien bezüglich der AfD sind gefallen.

Von der Idee bis zur Umsetzung vergingen bei uns nur wenige Tage. Schon im Juli drehten wir unsere ersten Videos, gingen dafür nach Neukölln direkt in den multikulturellen Brennpunkt, wo Clans und Gangster regieren. Die anfangs noch holprigen Aufnahmen werden heute von uns selbst belächelt. Aber mit jeder abgefilmten Minute wurden wir besser und besser.

Die Brennpunkte der Gesellschaft ins Licht der Aufklärung rücken.

Mittlerweile steht in Berlin ein eigenes JA-Filmstudio, das fortan als Kulisse für unsere Videoformate herhalten wird. Die ersten Folgen unserer Berliner Formate kann man auf dem Youtube-Kanal der Jungen Alternative für Deutschland bereits sehen!

Berliner Formate auf dem Youtube-Kanal der Jungen Alternative für Deutschland

Jan Nolte

Junge Alternative – „Verdachtsfall“

Wir Mitglieder der Jungen Alternative haben es nicht leicht. Seit wir dem Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ gelten, dürfen nicht nur nachrichtendienstliche Mittel gegen uns zur Anwendung gebracht werden, sondern wir sind obendrein noch mit einem Stigma belegt. Und dies nicht nur außerhalb unserer Mutterpartei. Ungeachtet der Tatsache, dass die Junge Alternative eine gesunde Mischung aus Selbstbewusstsein und Selbstkritik an den Tag legt und die eigenen Reihen und Strukturen konsequent geordnet hat, sind Teile unserer Mutterpartei allzu schnell bereit, die Maßstäbe der Linkspresse zu übernehmen, wenn es um die Junge Alternative geht.

Würde man die Zahl der Skandale und Skandälchen in AfD und JA mal gegeneinander aufrechnen, seien sie nun echt oder nur Ausgeburt linksgrüner Journalistenspinnereien, dann hätte die JA auf dieser Grundlage wohl eher das Recht, sich über ihre Mutterpartei zu beschweren als andersherum. Aber sowohl das gegeneinander Aufrechnen von tatsächlichen oder vermeintlichen Schnitzern, als auch gegenseitige Schuldzuweisungen sind natürlich Unsinn.

Wir jungen Patrioten müssen uns überlegen, wie wir mit der jetzigen Situation umgehen. Was für viele als neue politische Freizeitbeschäftigung begann, hat sich rasant entwickelt. Obwohl wir uns von Anfang an als patriotischer Widerstand gesehen haben, hätte wohl kaum einer damit gerechnet, wie klar er als Teil der Jungen Alternative einmal als Feind markiert werden würde und welche Geschütze gegen ihn in Stellung gebracht würden.



Die Sache ist längst ernst geworden.

Wer es wagt, sich in der Jungen Alternative zu engagieren, dem machen nicht mehr nur politische Akteure und Medien, sondern auch Verfassungsschutz, Polizei, der Arbeitgeber und Antifaschläger Probleme. Die Sache ist längst ernst geworden.

Wir müssen uns nun Gedanken darüber machen, wie wir mit dem Verfassungsschutz umgehen und wie die zunehmende Instrumentalisierung von Behörden insgesamt einzuordnen ist. Zunächst mal ist klar, dass wir Deutschland nicht nur mithilfe eines kleinen Kreises „Erleuchteter“ retten können, denen die Zusammenhänge klar sind und die sich vom Establishment nicht mehr täuschen lassen. Wir müssen auch die Herzen und Stimmen derer gewinnen, die noch nicht so weit sind. Dieses Klientel hält den Verfassungsschutz zu großen Teilen noch für objektiv. Ob wir beobachtet werden oder nicht, ist also mitnichten egal oder, auch das hört man mitunter, sogar etwas Positives.

Als Teil der Jungen Alternative als Feind markiert.

Können wir den Verfassungsschutz noch ernst nehmen? Für den Verfassungsschutz arbeiten viele Experten, die in unterschiedlichen Bereichen ihre Erkenntnisse zusammentragen. Bevor Hans-Georg Maaßen durch den blutleeren Erfüllungsgehilfen Thomas Haldenwang ersetzt wurde, hat der Verfassungsschutz immer wieder deutlich gemacht, dass weder die Alternative für Deutschland, noch Teile von ihr, als problematisch angesehen werden. Natürlich kann man auch generell die Frage aufwerfen, warum Deutschland, das für die Verfolgung von Terror und Kriminalität das BKA hat, als einziges europäisches Land einen Verfassungsschutz braucht, der die politische Einstellung der Bürger überwacht.

Können wir den Verfassungsschutz noch ernst nehmen?

Gerade angesichts der zunehmenden Duldung von Linksextremismus bis in höchste Stellen des Staates hinein (Der Thüringer Verfassungsschutzchef ist sogar Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung) und der zunehmenden Instrumentalisierung gegen politische Gegner, verliert der Verfassungsschutz nach und nach jedes Argument, das man für seine Legitimation hätte vorbringen können. Aber das ist nicht Thema meines Artikels.

Die Experten, die seit Jahrzehnten den jährlichen Bericht für den Verfassungsschutz zusammenstellen, haben auch wir von der AfD in der Vergangenheit mit Blick auf Islamismus oder linksextreme Strukturen innerhalb der LINKEN herangezogen. Dass mit Haldenwang nun ein willfähriger Befehlsempfänger an der Spitze des Verfassungsschutzes sitzt, ist kein Grund, jede Einschätzung seiner Mitarbeiter über den Haufen zu werfen. Natürlich kann eine Einschätzung des Verfassungsschutzes auch gute und nachvollziehbare Gründe haben. Es wäre Unsinn, das pauschal in Abrede zu stellen.

Aber er eignet sich eben nicht mehr als genereller Gradmesser. Es ist ja gerade die Angst um die Freiheitliche demokratische Grundordnung, die eine zentrale Motivation für uns ist. Wir sorgen uns, dass unsere Freiheit durch muslimische Parallelgesellschaften, vorauseilenden Gehorsam unserer Politiker und die zunehmende Mainstreampräsenz linksextremer Haltungen abgeschafft wird. Wir stehen nicht auf der Seite derer, die Wahlen solange wiederholen, bis das Ergebnis passt. Wir verharmlosen nicht, dass in Brennpunkten die FDGO längst muslimischem Gewohnheitsrecht weicht. Und wir sehen nicht weg, wenn jetzt sogar Behörden zur Einschränkung der Meinungsfreiheit und Aushöhlung der FDGO missbraucht werden. Wir verteidigen beides gegen Extremisten aller Couleur. Und notfalls selbst gegen den Verfassungsschutz.

Wir müssen als rechtsstaatliche, junge Patrioten unsere eigene, klare Linie haben. Rechtsextreme Spinner haben in unseren Reihen keinen Platz. Aber nicht, weil der Verfassungsschutz das sagt, sondern weil wir sie aus Überzeugung ablehnen und weil in einer Jugendorganisation, in der junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund für die Zukunft Deutschlands kämpfen, keiner etwas mit deren Ideologie anzufangen weiß.

Rechtsextreme Spinner haben in unseren Reihen keinen Platz.

Andererseits müssen wir den Verfassungsschutz aber in anderer Hinsicht enttäuschen. Wenn er ein Problem damit hat, dass wir nicht wollen, dass Deutsche zur Minderheit im eigenen Land werden, dass Parallelgesellschaften entstehen, dass Illegale nach Deutschland einwandern und dass Deutschenfeindlichkeit an deutschen Schulen weiter zunimmt, dann hat uns das herzlich egal zu sein.

Wir sind der Wahrheit, der Demokratie und unserem Vaterland verpflichtet. Nicht einem Herrn Haldenwang.

Wir sind der Wahrheit, der Demokratie und unserem Vaterland verpflichtet.

Dass ein Regime (um dem politmedialen Komplex für diesen Artikel eine griffigere Bezeichnung zu geben) sich die Macht auch unter Zuhilfenahme von Behörden und Medien sichert, ist vollkommen normal. Davon wurde in Deutschland bloß lange Zeit eher subtil und von der breiten Masse unbemerkt Gebrauch gemacht.

Jetzt ist man offenbar so um die eigene Macht besorgt, dass die Zurückhaltung nach und nach abgelegt wird. Vergessen wir auch nicht, zu welchen Reden wir all die Jahre applaudiert und welche Posts wir geliked haben. „Es geht um den Erhalt Deutschlands und um die Zukunft unserer Kinder.“, „Die

Jetzt ist man offenbar so um die eigene Macht besorgt, dass die Zurückhaltung nach und nach abgelegt wird.

Alternative für Deutschland ist die letzte Chance, die Deutschland noch hat.“, und ähnliche Sätze begleiten uns seit Jahren auf unserem politischen Weg und sind Bestandteil nahezu jeder Aufstellungsversammlung und jeder Vorstandswahl.

Und es stimmt. Es geht um alles. Nur ahnten wir anfangs wohl kaum, wie mächtig unser Gegner tatsächlich ist. Jetzt müssen wir die Versprechen, die wir Deutschland in der euphorischen Stimmung mitreißender Reden gegeben haben, halten.

Keiner wird uns die Verantwortung abnehmen. Und ich weiß nicht, warum wir für uns das Recht voraussetzen sollten, Deutschland mit einem Wohlfühl-Widerstand retten zu können, während die Widerständler vergangener Tage stets ihr Leben in die Waagschale werfen mussten.

So weit ist es nicht und ich rede hier, um das klarzustellen, auch nicht von Revolution und Umsturz. Ich rede davon, dass es für einen jungen Menschen, der das Leben noch vor sich hat und der seine verbrieften, demokratischen Rechte wahrnehmend auf einmal als Feind markiert, und schärfster Repression ausgesetzt wird, nicht leicht wird. Wem sich ein mächtiger politmedialer Komplex entgegenstellt, der durch Behörden, Arbeitgeber und (mittelbar) auch durch Antifaschläger Druck ausübt, der leistet Widerstand gegen einen übermächtigen Gegner.

Es ist absolut angebracht, dass wir uns in dieser Lage als den patriotischen Widerstand bezeichnen. Wir dürfen nicht weichen und müssen uns klar machen, dass ein Kampf, bei dem es um so viel geht, mit harten Bandagen geführt wird.

Wir stehen nicht nur für eine Mehrheit, wenn wir kriminelle Einwanderer abschieben, Zuwanderung ins Sozialsystem verhindern wollen oder wieder zu einem gesunden Nationalstolz in Deutschland kommen wollen. Wir stehen auch für eine Mehrheit, wenn wir die Demokratie verteidigen.

Wenn unsere Kanzlerin unter dem Beifall der Medien die Wiederholung von Wahlen anordnet, wenn Menschen ihren Job verlieren, nur weil sie in der AfD oder der JA sind, wenn wir angegriffen werden und man uns keine Räume für Parteitage zur Verfügung stellt, dann verrutscht die Maske unserer Gegner.

Alternative für Deutschland ist die letzte Chance, die Deutschland noch hat.

Unser Widerstand ist daher ein rein Demokratischer.

Es ist absolut angebracht, dass wir uns in dieser Lage als den patriotischen Widerstand bezeichnen.

Wir stehen für eine Mehrheit, wenn wir die Demokratie verteidigen.

Unser Widerstand ist daher ein rein Demokratischer. Nicht nur parlamentarisch ausgefochten, aber ohne die kriminellen Methoden unserer Gegner. Wenn wir Deutschland retten wollen, dann sprechen wir nicht von einem Fleck auf der Karte, sondern von Kultur und Werten. Wir kämpfen damit nicht nur für unsere Nationalhymne, für Weihnachtsmärkte ohne Merkelpoller oder für die deutsche Sprache, sondern auch für Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie. Und möge der Gegner noch so mächtig sein.

Zum Schluss möchte ich noch den Mitarbeiter des Verfassungsschutzes grüßen, der dieses Heft lesen wird. Wenn Sie sich umfassend über die Junge Alternative informieren, dann werden Sie feststellen, dass wir junge Menschen sind, die Deutschland mit seiner Freiheit und Demokratie erhalten wollen. Ja, wir schlagen manchmal über die Stränge und es ist auch nicht jeder einzelne Satz, den unsere Mitglieder sagen, immer gut durchdacht.

Aber für wen gilt das nicht? Was wäre, wenn man die strengen Maßstäbe, mit denen man uns misst, an andere Jugendorganisationen anlegen würde?

Wenn Sie sich eingehend mit uns beschäftigen, werden Sie feststellen, dass die Diffamierungen als „Rassisten“ und „Rechtsextreme“ bloße politische Taktik sind. Ja, wir entsprechen gewiss nicht dem linken Mainstream. Aber das, wofür wir kämpfen, nämlich für Deutschland, sein Volk, für Freiheit und Demokratie, sind die Güter, denen auch der Ihnen vorgesetzte Minister sich verpflichtet hat.

Ob wir in Deutschland ohne Gängelung und Repression Politik machen dürfen, ist der Lackmustest für die freiheitlich demokratische Grundordnung, die zu schützen Ihre Aufgabe ist.

Mit besten Grüßen,
Jan Nolte

Anzeige

Du willst die Zukunft der AfD aktiv mitgestalten? Du bist Student oder auf der Suche nach einer Nebentätigkeit auf 450 EUR Basis und willst die AfD tatkräftig voranbringen? Dann haben wir was für Dich!

WIR SUCHEN:

VERTRIEBSMITARBEITER
WORDPRESS ENTWICKLER
WORDPRESS-ADMINISTRATOREN
INITIATIV

Weitere Jobinfos und Jobbeschreibung auf unserer Webseite!

WAS DICH BEI UNS ERWARTET:

- Freie Arbeitszeiteinteilung: Du erfüllst die vorgebebenen Ziele – wie Du diese Aufgaben in Deinen Tagesablauf integrierst, bleibt Dir überlassen.
- „Remote-Worker-Jobs“ – Du arbeitest also von dort, wo du lebst!
- Ein Arbeitsumfeld, in dem Du an interessanten und fordernden Aufgaben arbeiten und eigene Ideen einbringen und verwirklichen kannst.
- Ein freundschaftliches, kooperatives Arbeitsumfeld, kurze Wege und schnelle, aber umsichtige Entscheidungen
- Regelmäßig gemeinsame Team-Events

FÜHLST DU DICH ANGESPROCHEN?

Dann sende uns einfach Deine Bewerbungsunterlagen an **kontakt@hbg-it.de**





Server | Design | Sicherheit

AfD-WEBSERVICES. ABER SICHER!

- Für Kreis- & Bezirksverbände
- Für Landesverbände
- Für Fraktionen & Ratsgruppen
- Für den Wahlkampf
- Mitgliederportale

Wir sind selbst überzeugte Parteimitglieder und unterstützen die AfD von Anfang an im Netz. Wir wissen genau, worauf es ankommt!

Unsere Dienstleistung ist aus jahrelanger Erfahrung für Ihre Ansprüche optimiert. Wir betreuen:

- **über 100 AfD-Kreis-und Bezirksverbände**
- **AfD-Landesverbände und Landtagsfraktionen**
- **den AfD-Bundesverband**
- **die AfD-Bundestagsfraktion**
- **mehrere AfD-Ratsgruppen und -fraktionen**
- **mehrere Gliederungen der Jungen Alternative**
- **u.v.a.**

Wir gewährleisten Sicherheit und lassen Sie auch im Netz seriös aussehen. Mit uns ist Ihre AfD-Webseite endlich vor Cyberangriffen und Willkürakten geschützt.

www.afd-webservices.de

Aus der Partei. Für die Partei.
Wir sind Mitglieder der AfD seit 2013.

Ein Service der Hbg-IT e.K. Lüdinghausen

Carlo Clemens

Netzpolitische Ideenwerkstatt der Jungen Alternative NRW in Düsseldorf

Am Samstag, den 1. Februar 2020, fand sich die Junge Alternative NRW zur Netzpolitischen Ideenwerkstatt zusammen. Zu den Themen Digitalisierung in Schule und Alltag, Industrie 4.0, Kryptowährungen, Wandel der Medienwelt sowie Gegenkultur und Meinungsfreiheit im Internet konnte unsere Parteijugend in Düsseldorf vielseitige Gäste gewinnen. Es kamen die hessische Bundestagsabgeordnete Joana Cotar, digitalpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion und Obfrau im Ausschuss Digitale Agenda, der Kölner Landtagsabgeordnete Sven Tritschler, Sprecher der Ausschüsse für Digitalisierung und Innovation sowie der Enquetekommission für „digitale Transformation" in der Arbeitswelt NRW im nordrhein-westfälischen Landtag, und die beiden erfolgreichen patriotischen Youtuber HYPERION und Klemens Kilic. So wurde der Themenbereich sowohl aus parteipolitischer als auch aus netzaktivistischer Sicht betrachtet.

Zu den Themen Digitalisierung in Schule und Alltag, Industrie 4.0, Kryptowährungen, Wandel der Medienwelt sowie Gegenkultur und Meinungsfreiheit im Internet konnte unsere Parteijugend in Düsseldorf vielseitige Gäste gewinnen.





Der 23-jährige YouTuber Klemens Kilic kommt aus Essen, macht zurzeit eine Ausbildung zum klassischen Kunstmaler in Florenz und hat eine Firma im Bereich Kryptowährung gegründet. Deutschlandweit bekannt wurden seine Pranks (neudeutsch für „Streich") gegen SPD-Politiker Ralf Stegner und die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock. Homib Mebrahtu stammt ursprünglich aus Eritrea und ist wohnhaft in Baden-Württemberg. Er betreibt seit Jahren einen YouTube-Kanal unter dem Pseudonym HYPERION und verortet sich selbst als libertär-konservativ. Er ist Pionier einer nonkonformen Gegenöffentlichkeit im Netz.

Die Ideenwerkstatt wurde im Format eines Town Hall Meetings gehalten. Solche Meetings haben in den USA eine lange Tradition und sind seit dem 17. Jahrhundert fester Bestandteil der dortigen Partizipationskultur. Das heißt: Nach kurzen Einführungsskizzen steht der Austausch mit dem Publikum im Vordergrund. Moderiert wurde die Veranstaltung, die von über 50 Jugendlichen – darunter zahlreiche Neuinteressenten – besucht wurde, vom JA-Landesvorsitzenden Carlo Clemens. Der nordrhein-westfälische AfD-Landesvorsitzende Rüdiger Lucassen hielt ein Grußwort. Zwischendurch gab es Pizza und man konnte sich an der Playstation oder am Super Nintendo gegenseitig herausfordern.



Die Ideenwerkstatt wurde im Format eines Town Hall Meetings gehalten.

Moderiert wurde die Veranstaltung, die von über 50 Jugendlichen besucht wurde, vom JA-Landesvorsitzenden Carlo Clemens.

Ein informatives Meeting mit viel Spaß und guten Diskussionen!



René Aust

Altersarmut ist keine Alternative!

Das Verhältnis der Rentner zu den Erwerbstätigen wird immer größer, deshalb müssen (angeblich) entweder die Rentenleistungen gekürzt werden oder die Versicherungsbeiträge massiv ansteigen.

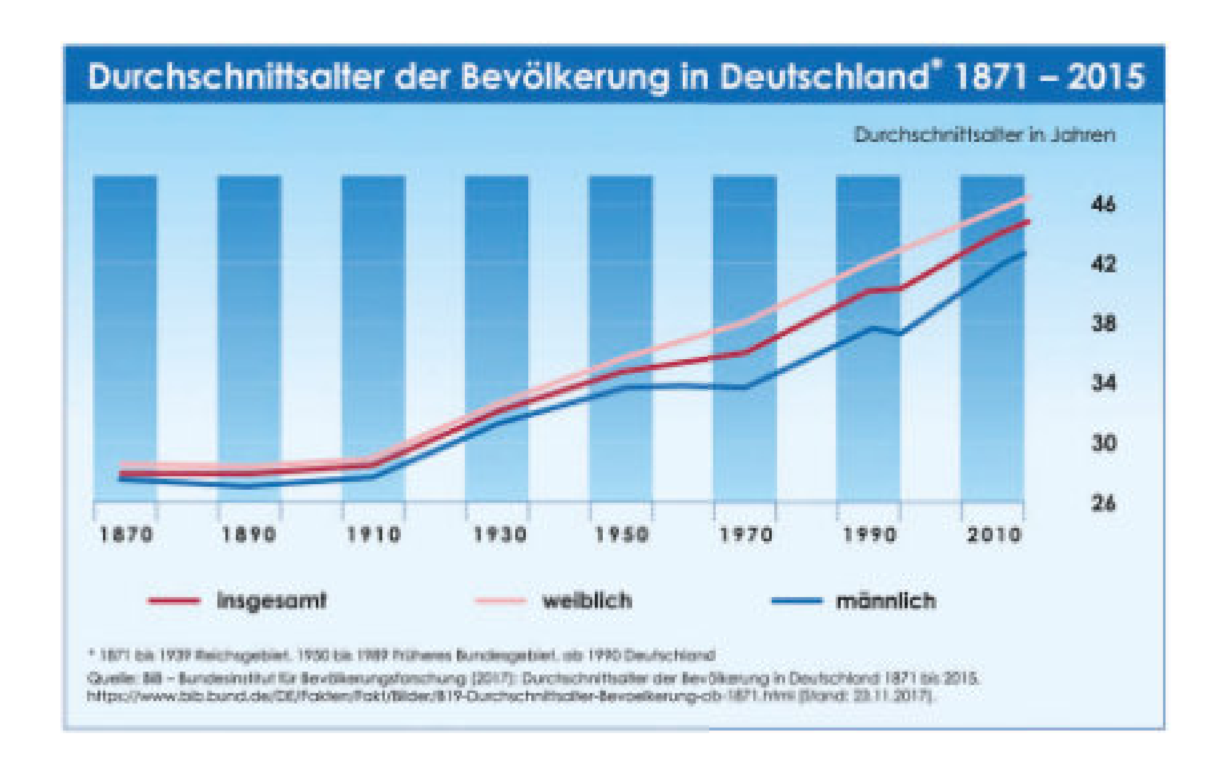
Seit Mitte der 1990er Jahre wird das Thema der demographischen Entwicklung in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Weil das Verhältnis der „nicht mehr Arbeitenden“ (Rentner) zu den Beitragszahlern (Erwerbstätigen) immer größer wird, müssen (angeblich) entweder die Rentenleistungen gekürzt werden oder die Versicherungsbeiträge massiv ansteigen.

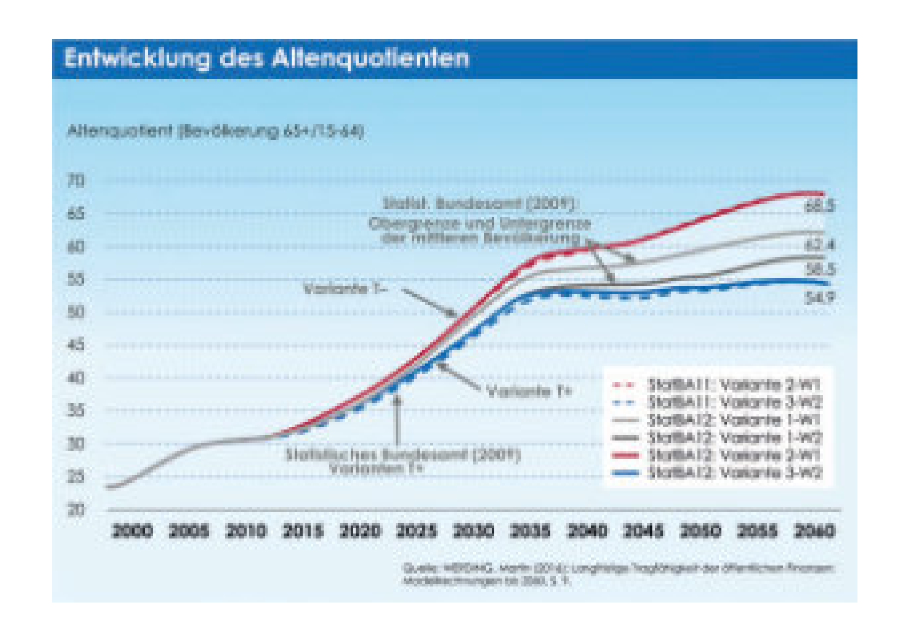
Tatsächlich ist die demographische Veränderung ein alter Hut.

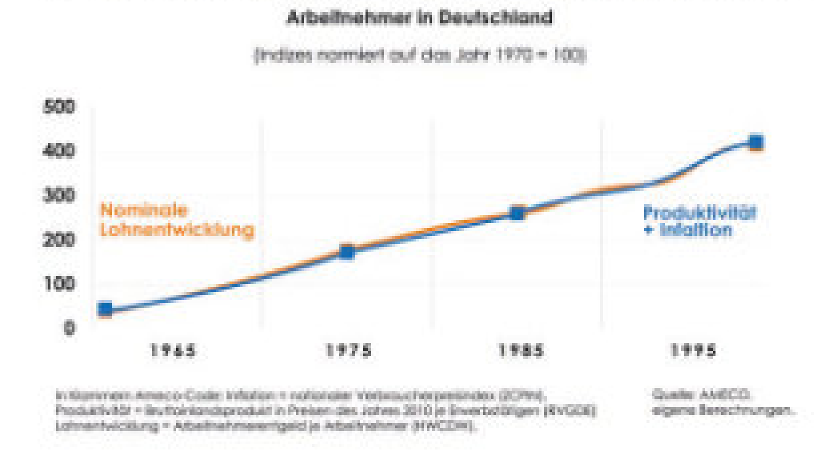
Tatsächlich ist die demographische Veränderung ein alter Hut: Seitdem es in Deutschland verlässliche Bevölkerungsstatistiken gibt, sehen wir den stets gleichen Trend. Das Durchschnittsalter am Beginn des 20. Jahrhunderts lag noch bei unter 30 Jahren, am Beginn des 21. Jahrhunderts lag es bereits bei über 40 Jahren. Am Ende des 21. Jahrhunderts wird es bei etwas über 50 Jahren liegen.

Auch das Verhältnis der Rentner zu den Erwerbstätigen wurde immer größer. Der Altenquotient, der dieses Verhältnis abbildet, verdoppelte sich von etwa 1920 bis 1960, und verdoppelte sich dann erneut von 1960 bis heute. Der Altenquotient wird im Laufe dieses Jahrhunderts zwar weiter ansteigen, aber nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit.

Weder ist der demographische Wandel also etwas Neues noch etwas Bedrohliches. Denn: Interessanterweise wurden in der Vergangenheit trotz demographischen Wandels die gesamtwirtschaftliche Arbeitszeit verkürzt, Urlaubsansprüche ausgebaut und dennoch die sozialen Sicherungssysteme massiv ausgebaut, sowie höhere Renten und längere Bezugszeiten finanziert. In der Industrie waren zu









Beginn des 19. Jahrhunderts 6-Tage-Wochenmit 10 Stunden Tagen die Regel, in den Sechziger- und Siebzigerjahren ging man dann von der 6-Tage-Woche auf die 5-Tage-Wochebei 8-Stunden-Tagen über. In den Zwanzigerjahren gab es üblicherweise bei Tarifbeschäftigten und nach einjähriger Beschäftigung drei bis vier Urlaubstage pro Jahr. Im Jahr 1975 lag man bereits bei fünf Wochen im Jahr. Heute liegt der gesetzliche Urlaubsanspruch bei gleichzeitig geringerer Arbeitszeit (5-Tage-Woche) bei mindestens 20 Tagen im Jahr.

Gleichzeitig wurde das Renteneintrittsalter, welches 1910 noch bei 70 Jahren lag, auf 65 Jahre gesenkt. Mit der Rentenreform von 1972 sollten sogar der unerwünschten Alten-Arbeit die finanziellen Anreize genommen werden.

Also wurde trotz demographischen Wandels die Arbeitszeit insgesamt verkürzt, aber gleichzeitig die Rentenbezugszeit verlängert, höhere Renten finanziert und allgemein das soziale Netz ausgebaut.

Es wurde in der Zeit des demographischen Wandels also genau das Gegenteil von dem getan, was die heutigen „Renten-Crash-Propheten" so gerne von sich geben. Dies liegt vor allem daran, dass diese entweder Lobbyarbeit betreiben (siehe unten) oder schlicht den wichtigsten Faktor wirtschaftliche Entwicklung systematischvernachlässigen, die Produktivitätsentwicklung.

Im Jahr 1900 ernährte ein Landwirt in Deutschland vier Personen, im Jahr 1950 waren es bereits zehn Personen, heute sind es über hundertdreißig Menschen. Der technologische Fortschritt, das Wachstum des Wissens und eine investitionsfreudige Wirtschaft führten in allen Bereichen zu Produktivitätsfortschritt. Durch diese Produktivitätsentwicklung war es ohne Probleme möglich, den höheren Anteil von Alten zu finanzieren, ohne dass die abhängig Beschäftigten verzichten mussten. Im Gegenteil: Weiter oben wurde erläutert, dasssoziale Errungenschaften wie Urlaubsansprüche, Auszahlungshöhe der gesetzlichen Rentenversicherung sowie längere Bezugszeiten stark ausgebautwurden.

Nicht die Demographie ist der wesentliche Faktor für die Entwicklung der Wirtschaft und der sozialen Sicherungssysteme, sondern die Entwicklung der Produktivität.

Eng verbunden mit der Produktivitätsentwicklung war im „rheinischen Kapitalismus“ (der spezifisch deutschen Spielart der Marktwirtschaft, auch Soziale Marktwirtschaft genannt) die Verteilung und neutrale Entwicklung der Löhne. Der Nominallohn sollte sich entsprechend der Produktivitätsentwicklung plus Preissteigerung (Inflation) entwickeln. Um es mit Ludwig Erhard zu sagen: „…allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen.“

Die abhängig Beschäftigten wurden also in Form höherer Löhne an der fortschreitenden Produktivität beteiligt. Da deren Versicherungsbeitrag vom Lohn abgezogen wird, stiegen dementsprechend auch die Einnahmen der Rentenkasse mit den steigenden Löhnen und mit der steigenden Produktivität mit.

Steigende Produktivität und entsprechend steigende Löhne stehen im Mittelpunkt, sind das Zentrum der sozialen Marktwirtschaft.

Leider wurde dieser Zusammenhang durch die zunehmende Neoliberalisierung des Wirtschaftsdenkens und die daraus resultierende Wirtschaftspolitik aufgelöst. Die Lohnentwicklung wurde von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt. Die abhängig Beschäftigten werden nicht mehr in Form höherer Löhne an der fortschreitenden Produktivität beteiligt. Die daraus entstehende Lohnlücke in einer Größenordnung von fast zwei Milliarden € verursachte der oben aufgeführten Logik nach auch in den sozialen Sicherungssystemen und in der Rentenkasse massive Einnahmeausfälle –seit dem Jahr 2000 allein in der Rentenkasse etwa 400 Milliarden €. Dies ist der Hauptgrund für die Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung, nicht die Demographie!

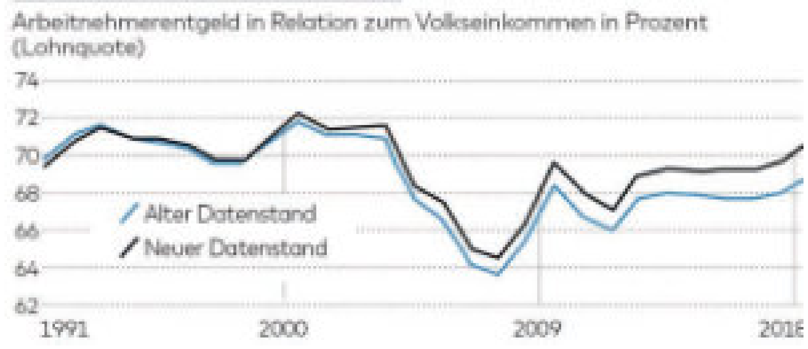
Wenig überraschend ist es daher, dass die Renten in den vergangenen drei Jahren deutlich angehoben werden konnten. Die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelder in Relation zum Volkseinkommen, stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf etwas über 70 Prozent.

Steigende Produktivität und steigende Löhne stehen im Mittelpunkt, sind das Zentrum der sozialen Marktwirtschaft.

Auch hier ist wieder ersichtlich, dass dies der entscheidende Zusammenhang ist, also Produktivität, Löhne und Rente, und eben nicht das Märchen von der Unfinanzierbarkeit der Rente aufgrund der demographischen Entwicklung.

Der Grund dafür, dass wir in Medien und Politik seit etwa 1998 etwas anderes erzählt bekommen, ist der Lobbyismus der Finanzbranche. Die mit der „Ausweitung des Kundenpotenzials“ verbundene Teilprivatisierung der Rente (durch Einführung von Rentenprodukten wie der Riester-Rente und der Rürup-Rente) wurde nachweislich „durch unterschiedliche Strategien der politischen Einflussnahme“ von Banken und Versicherungen vorangetrieben. Vom Jahr 2000 an erhöhte die Finanzbranche ihre Spenden an die Altparteien massiv.





„Dieser Anstieg spiegelt keinen allgemeinen Trend in der Spendenpraxis von Unternehmen wider: Während sich das jährliche Volumen der Großspenden juristischer Personen (ohne Finanzbranche) zwischen 1995 und 2007 – also bis zum Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – verdoppelt hat (Anstieg von 1,8 Mio. € auf 3,6 Mio. €), haben sich die Großspenden der Finanzbranche im gleichen Zeitraum verfünffacht (Anstieg von 280.000€ auf 1,4 Mio.€). Der Anteil an Großspenden von der Finanzbranche am Spendenaufkom-

men juristischer Personen insgesamt ist in diesem Zeitraum von 13,7 Prozent auf knapp 30 Prozent angestiegen. Insofern hat die Finanzbranche ihr finanzielles Engagement bei der Parteienfinanzierung in der Summe wie auch im Verhältnis zu anderen Branchen deutlich ausgeweitet.“

Quelle: SOMMER, Jörg, WEHLAU, Diana (2012): Spendable Finanzbranche – Privatisierte Alterssicherung

SOMMER und WEHLAU halten hierzu fest, dass „[d]ieses Spendenverhalten [...] auf ‚politische Landschaftspflege‘ hin[weist]“. Aus dieser Zeit stammt auch das berühmte Zitat von Carsten Maschmeyer: „Es ist so, als wenn wir auf einer Ölquelle sitzen. Sie ist angebohrt, sie ist riesig groß und sie wird sprudeln.“

Ich stimme daher den Fraktionsvorsitzenden der AfD-Landesverbände voll zu: Die Deutsche Rentenversicherung steht im Mittelpunkt des Bismarck-Adenauerschen Sozialstaats, dem wir uns verpflichtet fühlen und den wir zukunftsfest machen wollen. Sie ist Ausdruck unserer in Jahrhunderten gewachsenen Wirtschaftskultur und verbindet die Anerkennung der Leistung des Einzelnen mit der Solidarität der Gemeinschaft und der Generationen.

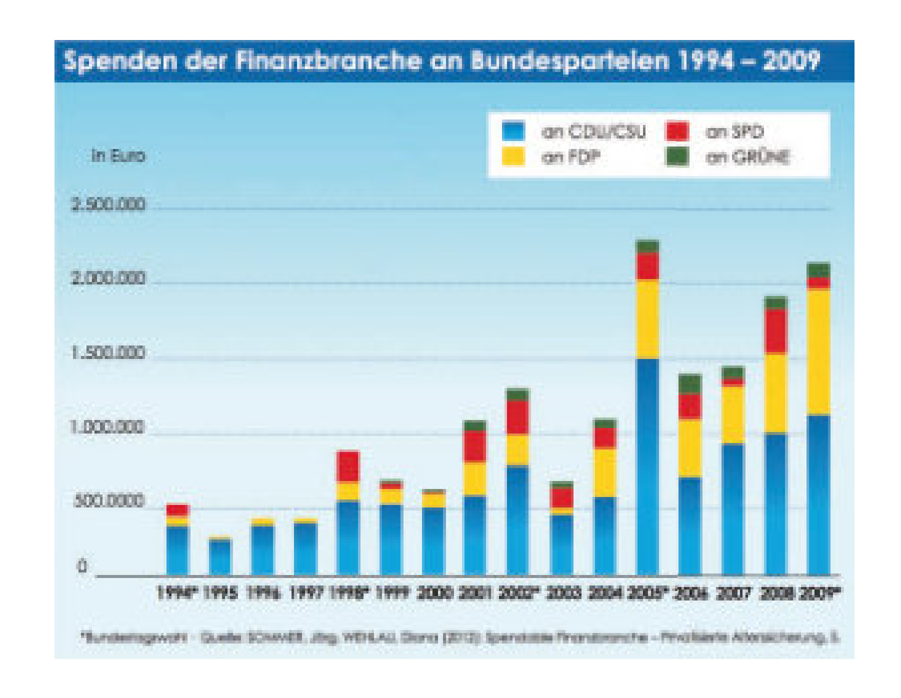
Noch ein kurzes Wort zu den denkbaren Alternativen:

Das Abschaffen des umlagefinanzierten Rentensystems bei Umstellung auf Kapitaldeckung ist bereits in vielen Teilen der Erde gescheitert.

Seit 1981 unternahmen 30 Staaten umfangreiche Privatisierungsbemühungen im Alterssicherungssystem. 60 Prozent von diesen Ländern sind davon wieder abgerückt und zurück zum Umlageverfahren gegangen (U-turn):

Chile 1981, Peru 1993, Argentinien (U-turn 2008) und Kolumbien 1994, Uruguay 1996, Bolivien (U-turn 2000) und Mexico 1997, El Salvador 1998, Costa Rica 2001, Dominikanische Republik 2003, Nigeria 2004, Panama 2008, Ungarn (U-turn 2010) 1998, Polen (U-turn 2011) 1999, Lettland (2009) 2001, Bulgarien (2007), Kroatien (2011) und Estland (U-turn 2009) 2002, Lettland (U-turn 2009) 2004, Slowakei (U-turn 2008) 2005, Mazedonien (U-turn 2011) 2006, Rumänien (U-turn 2017) 2008 und Ghana (2010). In Venezuela und Nicaragua wurde die Privatisierung als Verfassungsverstoß gewertet.

Und dort, wo noch das private Rentensystem gilt, wird häufig massiv dagegen demonstriert, beispielsweise in Chile:



Die andere Alternative, die Umstellung auf eine rein steuerfinanzierte Grundrente, stößt auf heftigen Widerstand in der Bundesprogrammkommission, da diese Umstellung enorme Erhöhungen der Einkommens- und Mehrwertsteuer nach sich ziehen würde. Ich möchte mich daher am Ende noch einmal den Fraktionsvorsitzenden der Ost-Landesverbände anschließen:

Die Geschichte der privaten Rentenversicherung ist eine Geschichte der gebrochenen Versprechen. Mit uns sind bei der Rente keine Experimente zu machen. Wir stehen zur Deutschen Rentenversicherung. Wir werden sie sanieren, stärken und unsere Großeltern wieder am Wohlstand teilhaben lassen. Altersarmut ist keine Alternative!

Tomasz M. Froelich

Private Ethno-Rente:

Keine Umverteilung zulasten der Deutschen!

„Die Rente is' sischä", beteuerte Norbert Blüm, ehemaliger Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, in der für Unionspolitiker so üblichen Placebo-Rhetorik. Damit wird er vermutlich in erster Linie seine eigene Rente gemeint haben. Für einen Großteil der heutigen Rentner dürfte Blüms damaliges Versprechen fast schon zynisch wirken: Fast die Hälfte aller Rentner in Deutschland erhalten aktuell weniger als 800 Euro im Monat.

Fast die Hälfte aller Rentner in Deutschland erhalten aktuell weniger als 800 Euro im Monat.

Dass keine Besserung in Sicht ist, liegt zum einen daran, dass das deutsche Rentensystem auf der Umlagefinanzierung basiert. Zum anderen liegt es an der demographischen Entwicklung, die durch das umlagefinanzierte Rentensystem weiter verstärkt wird, da im bestehenden System Kinder teuer sind und der Anreiz, sie in die Welt zu setzen, entsprechend abnimmt – ein Zusammenhang, auf den schon Wirtschaftsnobelpreisträger Gary Becker hingewiesen hat.

„Demographie spielt beim Umlageverfahren nicht mit"

Das Problem eines auf dem Umlageverfahren basierenden Rentensystems besteht darin, dass es nur dann funktionieren kann, wenn ausreichend Beitragszahler nachkommen. Dies war in Deutschland ab einem bestimmten Zeitpunkt aber nicht mehr der Fall: Mitte der 1960er Jahre gingen die Geburtenraten zurück und bereits 1972 sank die Geburtenzahl erstmals unter das Bestandserhaltungsniveau – ein Trend, der sich in den Folgejahrzehnten bis in die Gegenwart hinein dramatisch verschärfen sollte. In der Folge stiegen die Rentenzuschüsse in das Rentensystem durch den Bund: Mittlerweile werden rund 30 Prozent des gesamten Bundeshaushalts für die Renten aufgewendet. Die Beiträge der Beitragszahler allein reichen seit langem nicht mehr aus, um die Renten zu finanzieren. Kamen 1962 auf einen Rentner noch sechs Beitragszahler, könnte in zehn Jahren bereits auf einen Beitragszahler ein Rentner kommen. Dem auf dem „Generationenvertrag" basierenden Rentensystem droht der Kollaps, der durch den demographischen Wandel beschleunigt wird - falls nicht entsprechend gegengesteuert wird.

Mittlerweile werden rund 30 Prozent des gesamten Bundeshaushalts für die Renten aufgewendet.

> „Umlageverfahren gilt als Vorwand für multikulturelle Migrationspolitik"

Nur wagt sich kaum jemand an eine ehrliche Rentenreform. Im Zuge der demographischen Entwicklung wird die Bevölkerung – und somit das Elektorat – immer älter. Die Jüngeren hingegen sind ohnehin politikverdrossen. Politiker wiederum neigen, wie der rechtslibertäre Ökonom Hans-Hermann Hoppe richtig feststellt, bei ihren politischen Entscheidungen zu hoher Gegenwartspräferenz, da sie wiedergewählt werden wollen. Das schließt in der Regel vorausschauendes politisches Handeln aus und begünstigt eher Sozialdemagogie sowie das Verkünden üppiger Wahlversprechen, mit denen man in Sachen Rente vor allem die numerisch überlegenen Schon- und Bald-Rentner adressiert. Alles auf Kosten der numerisch unterlegenen jüngeren und arbeitenden Bevölkerung, aber die ist ja eh in der Minderheit. Auf kaum einem Feld wird diese unverantwortliche Politik so deutlich wie bei der Rente. Problem: Ohne Kurskorrektur durch entsprechende Reformen wird dieses marode umlagefinanzierte Rentensystem früher oder später zusammenbrechen.

Deshalb ist eine Abkehr vom Umlagesystem geboten – auch, weil nur durch das Umlagesystem die Demographie zu einem Faktor bei der Rente wird, was wiederum linksgepolten Politikern als Vorwand für ihre multikulturelle Migrationspolitik dient. Denn während bei uns die Bevölkerung immer geringer wird – von aktuell 81 Millionen auf 63 Millionen im Jahr 2100 - nimmt sie anderswo, vor allem in Afrika und im Nahen Osten, rapide zu. Die Prognosen hierzu sind eindeutig:

Die Bevölkerungszahl Nigerias stieg in nur 30 Jahren von 190 auf 411 Millionen, die des Kongo von 81 auf 216 Millionen, die von Tansania von 57 auf 138 Millionen usw. Wer glaubt, das Migrationschaos sei bereits gelöst, der irrt sich gewaltig: Der Migrationsdruck wird immer krasser werden, und die etablierte Politik plappert eine linke Lebenslüge nach der anderen nach und redet sich die Bevölkerungsexplosion in den unterentwickeltesten Regionen dieser Welt auch noch als Chance für die Rettung unserer Renten schön.

Dass diese Rechnung in der Realität nicht aufgeht, sagen renommierte Demographieforscher wie Herwig Birg schon seit langem: Das demographische Defizit lässt sich nicht durch Massenmigration korrigieren. Im Gegenteil: In Summe belasten Migranten, vor allem solche aus dem muslimisch geprägten und bevölkerungsexplosiven Raum, die Sozialsysteme zusätzlich. Empirisch betrachtet kann von einer Entlastung durch diese Art der Migration keine Rede sein. Seit Jahrzehnten nicht. Das Umlageverfahren der Rente führt in Kombination mit dem Rückgang deutscher Geburten zu einer Umverteilung zulasten von autochthonen und zugunsten von allochthonen Bevölkerungsteilen. Kurzum: Deutsche zahlen für Zuwanderer.

Wer glaubt, das Migrationschaos sei bereits gelöst, der irrt sich gewaltig.

Ohne Kurskorrektur wird dieses marode umlagefinanzierte Rentensystem zusammenbrechen.

Das demographische Defizit lässt sich nicht durch Massenmigration korrigieren.

„Deshalb: Steuerfinanzierung statt Umlage"

Als Alternative zum Umlageverfahren bietet sich eine steuerfinanzierte Grundrente an.

Als Alternative zum Umlageverfahren bietet sich eine steuerfinanzierte Grundrente an: Deutschland gehört zu den Ländern mit der höchsten Belastung von Arbeitslöhnen durch Sozialabgaben. Das ist einer der wesentlichen Gründe dafür, dass sich arbeitsintensive Unternehmen nicht in Deutschland ansiedeln. Der Faktor Arbeit ist in Deutschland überproportional belastet. Der Wegfall der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge für die gesetzliche Rentenversicherung würde dies korrigieren und hätte positive Effekte auf die Schaffung von Arbeitsplätzen am Wirtschaftsstandort Deutschland, da die Lohnkosten sinken und die in Deutschland produzierten und von Deutschland exportierten Güter günstiger würden. Dies hätte zur Konsequenz, dass Investitionen zunähmen und Arbeitsplätze nicht weiter ins Ausland verlagert würden, sondern im Land gehalten oder gar ausgebaut würden. Das Wirtschaftswachstum würde steigen.

Das Wirtschaftswachstum würde steigen.

Die Steuerfinanzierung scheint unter mehreren Gesichtspunkten die richtige Lösung zu sein. Im Steuersystem ist das Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit sowohl in der Literatur als auch in der Steuerrechtspraxis verankert und durch vielfältige Urteile rechtlich abgesichert. Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ermöglicht sozialen Ausgleich ebensowie auch ein Höchstmaß an Flexibilität bei der Entscheidung, wie das benötigte Steueraufkommen generiert werden kann.

Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ermöglicht sozialen Ausgleich.

Als subsidiärer Helfer in der Not kann die staatlich finanzierte Altersvorsorge kein den Lebensstandard sicherndes Niveau erreichen. Das wäre erstens nicht finanzierbar und zweitens nicht gerecht. Es muss daher um eine Mindestabsicherung gehen, deren Niveau sich an dem jetzigen Existenzminimum orientiert – mit Zuschlägen für produktiveres Arbeitsleben. Diese Regelungen sollten auch für Politiker gelten, deren besondere Pensionssysteme gestrichen gehören.

„Mehr Freiheiten bei individueller Altersvorsorge"

Neben diese Mindestsicherung würde die individuelle Vorsorge treten. Diese würde durch den Wegfall der Belastungen aus der Beitragsfinanzierung ermöglicht und drastisch vereinfacht. Beispiel: Bei einem monatlichen Bruttolohn von 3.200 Euro hat der Arbeitnehmer derzeit einen Beitrag zur Rentenversicherung von rund 300 Euro zu zahlen. Dazu kommt der gleiche Beitrag des Arbeitgebers. Im Zuge der Umstellung von einer Beitragsfinanzierung auf eine Steuerfinanzierung ließe sich gesetzlich festschreiben, dass der Nettolohn um die Beiträge sowohl des Arbeitgebers wie auch des Arbeitnehmers zu erhöhen ist. Im geschilderten Beispiel stiege der Nettolohn von knapp 2300 auf rund 2900 Euro. Das verfügbare Einkommen erhöhte sich nach dieser Rechnung um 600 Euro monatlich, also um mehr als 25 Prozent.

Auf diese Weise würden Freiräume geschaffen, die es ermöglichen würden, aus dem Lohn eine Altersvorsorge aufzubauen. Im gegenwärtigen Rentensystem wird dies vor allem jenen erschwert, die wenig verdienen, gezwungen sind verhältnismäßig viel in die Rente einzuzahlen und daher kein klassisches Vermögen aufbauen können. Anders als bei klassischen Vermögensformen kann man bei Rentenansprüchen nämlich nicht stets auf sein Vermögen zugreifen – das Vermögen ist in Form zukünftiger Zahlungsansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung gebunden. Es ist nicht fungibel. Rentenansprüche können weder als Sicherheit für einen Kredit dienen noch vererbt oder verschenkt werden. Sie können zudem nicht als finanzieller Puffer in schlechten Zeiten dienen. Sie können nicht zur Hilfe für Freunde und Verwandte eingesetzt werden. Sie können nicht den altersgerechten Umbau der Wohnung erleichtern oder die Gründung einer Unternehmung finanzieren. Sie sind keine klassischen Vermögen weil man nicht individuell über sie verfügen kann oder darf. Genau das aber sollte man mündigen Bürgern ermöglichen.

Nicht der Staat sollte den Bürgern Vorgaben machen, auf welche Weise sie für ihr Alter vorsorgen sollen – entsprechend sollten auch staatliche Förderungen von Rürup- und Riesterrenten gestrichen werden. Jeder Bürger ist in der Lage, die Entscheidungen zu treffen, die in seiner Situation am besten sind. Für den einen kann es sinnvoll sein, eine Immobilie zu erwerben, für den anderen sind klassische Sparprodukte am besten. Ein Dritter mag in die Ausbildung seiner Kinder investieren, um später von diesen im Familienverbund Unterhalt zu bekommen, und ein Vierter eine Lebensversicherung abschließen. Wieder andere setzen auf betriebliche Altersvorsorge oder Mitarbeiterbeteiligung. Der Phantasie – und der bürgerlichen Freiheit – sollten keine Grenzen gesetzt sein.

Der Publizist Dimitrios Kisoudis merkt treffend an: „Der fiktive Generationenvertrag ist widerlegt, denn lebende Staatsbürger können mit ungeborenen Staatsbürgern keine Verträge schließen. Aber sie können mit ihren Kindern Verträge schließen. Und deshalb ist eine private Rente auch eine Ethno-Rente, die Gleichmacherei auf niedrigem Niveau verhindert. Jeder bekommt das ausgezahlt, was er für sich und seine Familie auch eingezahlt hat.“

> „Umstellung wäre herausfordernd, aber machbar“

Die Umstellung auf ein solches Rentensystem wäre langfristig und herausfordernd. Bestehende Rentenanwartschaften müssten bestehen bleiben. Da die Beitragsfinanzierung jedoch komplett abgeschafft werden würde, könnten die Anwartschaften nicht weiter vergrößert werden. Jedem Inhaber einer Anwartschaft sollte angeboten werden, die Anwartschaften zu kapitalisieren und ins neue System zu wechseln. Wer ins neue System wechselt, erhielte fungible Staatsanleihen im Wert seiner Anwartschaft zur freien Verwendung (Buchanan-Bonds). Das käme einer Auszahlung des erworbenen Anspruchs gleich. Die durch die Rentenanwartschaften generierten impliziten und derzeit versteckten Staatsschulden würden zu transparenten expliziten Staatsschulden transformiert. Wer neu auf den Arbeitsmarkt käme, könnte dem alten System nicht mehr beitreten. Damit wäre gewährleistet, dass das alte Rentensystem dann erlischt, wenn der letzte noch in diesem System verbleibende Beitragszahler das Renteneintrittsalter erreicht.

Die Realisierung einer solchen Rentenreform würde die Anreize zum Sparen und zur privaten Vorsorge ausbauen, die Mündigkeit und Wahlfreiheit der Bürger stärken, jedem soziale Mindeststandards im Alter gewährleisten, den Faktor Arbeit entlasten und so den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Zudem würde sie die Rentendebatte entpolitisieren, den Faktor der Demographie ausmerzen und so einer Politik der Massenzuwanderung, die häufig als Notwendigkeit zur Sicherung der Renten ins Spiel geführt wird, die Argumente nehmen und gegenwärtige und in der Zukunft in höherer Intensität bevorstehende Verteilungskonflikte zwischen älteren und jüngeren Generationen beenden. Eine solche Rentenreform stünde für eine Wiederbelebung ordnungspolitischer Prinzipien, denen sich auch die AfD verschrieben hat. Das mag in Zeiten eines linkssozialistischen Zeitgeistes unbequem sein, ist aber richtig. Und genau dafür sollte eine Partei stehen, die sich den Mut zur Wahrheit auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Die Realisierung einer solchen Rentenreform würde die Anreize zum Sparen und zur privaten Vorsorge ausbauen.

Jeder Bürger ist in der Lage, die Entscheidungen zu treffen, die in seiner Situation am besten sind.

Das mag in Zeiten eines linkssozialistischen Zeitgeistes unbequem sein, ist aber richtig.

René Aust

Legalität, sittliche Legitimität und die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen

Am 27. Oktober 2019 wählten wir Bürger Thüringens einen neuen Landtag. Rot-Rot-Grün verlor seine bisherige parlamentarische Mehrheit, was Bodo Ramelow jedoch nicht davon abhalten sollte, weiterhin einen klaren Regierungsanspruch zu erheben.

Wesentliche Wahlkampfargumente der CDU und der FDP – wie auch von uns – war die Ablösung von Rot-Rot-Grün. Da war die Rede vom Ende des Windkraftwahnsinns, Schluss mit dem Schulstundenausfall und – besonders interessant – die CDU beklagte, dass die Migrationspolitik von Rot-Rot-Grün den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde. Die FDP propagierte: „Nur mit der FDP im Landtag kann Rot-Rot-Grün in Thüringen beendet werden" – wie recht sie doch behalten sollte.

Schon am Abend der Wahl konnte sich CDU-Spitzenkandidat Mohring nicht mehr so ganz an sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen erinnern, nach der Wahl auf keinen Fall mit der Linken zusammen zu arbeiten. Er wurde jedoch zügig vom Bundesvorstand zurückgepfiffen. So wurde beschlossen, dass es weder mit der Linken noch der AfD eine Koalition geben dürfe.

Eine „informelle Zusammenarbeit" war in der Konstituierung des Landestages bis zum fünften Februar 2020 sehr wohl gegeben, jedoch ohne jede Absprache, sondern einfach aufgrund inhaltlicher Überschneidung – sei es, dass die Anträge und Gesetzesentwürfe gemeinsam in Ausschüsse gebracht oder dass linksgrüne Kandidaten bei sensiblen Posten verhindert wurden.

Alles in allem lief es für alle ziemlich ok: Rot-Rot-Grün durfte weiter Regierung spielen und Ramelow weiter Ministerpräsident. AfD, CDU und FDP konnten darauf hoffen, über die Zeit die schlimmsten Verfehlungen der linksgrünen Regierung rückgängig zu machen und die größere kulturelle Nähe der „bürgerlichen" Abgeordneten in eine informelle Zusammenarbeit einmünden zu lassen.

Herr Ramelow jedoch wollte 100 Prozent und riskierte eine Bauchlandung. Und wie so häufig im Leben und insbesondere in der Politik: Wer vom Schicksal alles verlangt, bekommt am Ende zumeist nichts.

Der fünfte Februar rückte näher. Wir wollten in keinem Fall, dass Herr Ramelow als einziger Kandidat durchgewinkt wird. Das waren wir uns und unseren Wählern schuldig. So begaben wir uns auf die Suche nach einem unabhängigen, konservativ-bürgerlichen Kandidaten, der es CDU und FDP möglichst schwierig machen sollte, ihn abzulehnen. Dies gestaltete sich noch viel schwieriger als zunächst gedacht. Einige Kandidaten, die unseren Kriterien entsprachen und kandidieren wollten, sagten nach Rücksprachen mit ihren Frauen und Freunden aufgrund des sozialen Drucks ab. Am Ende wurde es der ehrenamtliche Bürgermeister der Gemeinde Sundhausen, Christoph Kindervater.

Unser Dank gilt diesem Patrioten! Er trat an, obwohl er um die Anfeindungen wusste und ihm war auch klar, dass er nicht gewinnen würde. Dennoch wollte er dieses Symbol setzen. Dafür auch an dieser Stelle: Danke!

So wurde beschlossen, dass es weder mit der Linken noch der AfD eine Koalition geben dürfe.

Herr Kemmerich kündigte an, er selbst würde für die FDP antreten, wenn die AfD einen Kandidaten aufstellt. Offiziell war die Begründung, dassfür die FDP weder ein AfD- noch ein Linke-Kandidat akzeptabel sei und darum eine Alternative geschaffen werden sollte. In Wahrheit ging es der FDP und der CDU um folgende Punkte:

1. Für den Fall, dassRamelowim dritten Wahlgang gewählt werden würde, könnten CDU und FDP die Verantwortung auf uns schieben. Schließlich hätten wir ja Kemmerich wählen können. Herr Kemmerich wäre der mutige Liberale gewesenund die CDU hätte uns Wahlbetrug vorwerfen können. Schließlich wollten auch wir Rot-Rot-Grün beenden, hätten es dann aber nicht.

1. Für den Fall, dassKemmerich im dritten Wahlgang gewählt werden würde, trüge die CDU keinerlei Verantwortung – schließlich war es ein FDP-Kandidat und ein unerwartetes Abstimmverhalten der AfD.

Als sich uns die Gelegenheit bot, Rot-Rot-Grün abzuwählen, war für uns klar, dasswir unseren Wählern das Signal senden wollen: Ihr könnt euch auf unser Wort verlassen! Wenn wir in die Situation kommen, unsere Wahlversprechen halten zu müssen, halten wir unsere Wahlversprechen!

All der ganze Unfug, der seitdem geredet, geschrieben und gesendetwird, entspricht – wie so häufig – nicht der Wahrheit: Wir haben versprochen Rot-Rot-Grün zu beenden, wir hatten die Gelegenheit Rot-Rot-Grün zu beenden, wir haben Rot-Rot-Grün beendet! Nicht mehr, nicht weniger...

Ab diesem Moment entwickelte sich der Ausnahmezustand: Stefan Möller und mir wurde geraten, besser nicht den Landtag zu verlassen, weil man uns nicht vor den Demonstrante schützen könne , die sich vor dem Landtag mittlerweile versammelt hatten. Eine Abgeordnete der Linken lief auf das Kleinkind einer ehemaligen AfD-Abgeordneten zu und nannte es „Nazikind“. Eine Abgeordnete der Grünen schrie mir inmitten der Landtagsausstellung „Diagnose: Zigeuner“ zu, „...vor mir Nazis, hinter mir Nazis, ahhh...“. Ein dann ehemaliges Kabinettsmitglied sagte am Ausgang des Plenarvorraumes zu einem führenden SPD-Abgeordneten, „...das müssen wir jetzt groß spielen!“ – gemeint war der Faschisten-Nazi-Steigbügelheiter-Vorwurf. Abgeordnete und Mitarbeiter von uns wurden im Landtag dann auch gleich mehrfach als Faschisten/ Nazis beschimpft. Die Ehefrau des neuen Ministerpräsidenten wurde bespuckt, die Kinder konnten nur noch unter Polizeischutz zur Schule. Ein Burschenschaftshaus in Jena wurde angegriffen, ein Auto eines AfDlers wurde in Brand gesteckt, bei einem weiteren ist es nicht gelungen. Bei einigen Abgeordneten verblieb ein Polizeiauto die ganze Nacht in der Nähe. Die Anzahl der Bedrohungen gegen das Leben einiger AfD-Abgeordneter nahm neue Rekorde an usw.!

Die Anzahl der Bedrohungen gegen das Leben einiger AfD-Abgeordneter nahm neue Rekorde an.

Dabei ist Demokratie ziemlich einfach:

Der Wahlkampf stellt die „Zivilisierung des Bürgerkriegs“ dar. Statt der gewalttätigen Auseinandersetzung um Macht und Herrschaft gilt der zwanglose Zwang des besseren Arguments. Es wird versucht, möglichst viele Bürger zum Gang an die Wahlurne zu überzeugen und so zur politischen Mehrheit zu werden. Im Übrigen gilt u.a. auch deshalb das staatliche Neutralitätsgebot, damit die Wettbewerbsgleichheit der Partei gewahrt wird. Nur wenn die Veränderung der politischen Mehrheiten durch freie, gleiche und geheime Wahlen und der daraus resultierende friedliche Regierungswechsel akzeptiert werden, wird sich ein friedliches, demokratisches Gemeinwesen dauerhaft etablieren können.

Wennwir in die Situation kommen, unsere Wahlversprechen halten zu müssen, halten wir unsere Wahlversprechen!

Wie viel Zivilität und Akzeptanz Abgeordnete und Sympathisanten von Rot-Rot-Grün an den Tag legten, sollte oben deutlich geworden sein. Wäre Bodo Ramelow an jenem Tag gewählt worden, hätte kein Abgeordneter irgendeiner Fraktion Angst haben müssen, vor die Tür zu gehen. Damit sollte auch geklärt sein, wer die Antidemokraten sind.

Wie viel Zivilität und Akzeptanz Abgeordnete und Sympathisanten von Rot-Rot-Grün an den Tag legten, sollte oben deutlich geworden sein.

Wasfolgte, ist kurz erzählt: FDP-und CDU-Mitglieder im ganzen Bundesgebiet erlebten, was wir seit Jahren erleben. Die typisch „linke Masche“: Statt zu überzeugen und zu argumentieren, wird denunziert und stigmatisiert. Statt Toleranz anderen Ansichten gegenüber zu leben, wird mit moralischer Erpressung gearbeitet (wenn du dieses oder jenes denkst/machst/fühlst/sagst..., dann bist du ein Nazi/Faschist/Klassenfeind...). Es gab Übergriffe, Angriffe, Bedrohungen usw. Doch anstatt daraus zu lernen und zu merken, dass diejenigen, die diese ungerechtfertigten, inflationär erhobenen Vorwürfe verwenden, die eigentlichen Gegner sind, hielten es diese keine 24 Stunden aus. Sad!

Statt zu überzeugen und zu argumentieren, wird denunziert und stigmatisiert.

Es begann ein erniedrigendes Schauspiel: Die FDP fiel Kemmerich in den Rücken und Lindner warf sich im Bundestag vor jenen in den Staub, die seine Parteifreunde über Wochen angegriffen hatten. Die CDU wusste weder ein noch aus und verhalf Ramelow und seinen Spießgesellen am vierten März dann durch Enthaltung doch noch ins Amt. Also genau jenen Leuten, bei denen jene Verbindungen zu Strukturen offen zelebriert werden, die die CDU-Büros/Mitglieder seit der Kemmerich-Wahl ebenfalls angriffen/bedrohten/einschüchterten/beleidigten und außerhalb der Demokratie verorteten.

Ohne jeden Zweifel: Herr Ramelow ist der legal gewählte Ministerpräsident. Aber: Sittliche Legitimität hat seine Amtszeit nicht.

Und die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag?

Wir fanden es gut, dass Herr Dr. Gauland mit seiner öffentlich kundgetanen Idee, Herrn Ramelow vielleicht doch mitzuwählen, ordentlich auf den Busch klopfte. Wirklich in Betracht gezogen haben wir es jedoch nicht.

Wir wollen kein Chaos verursachen. Wir wollen auch nicht das Vertrauen in unsere republikanischen Institutionen beschädigen. Am fünften Februar wollten wir einfach unser Wahlversprechen „Rot-Rot-Grün ablösen“ halten und haben es gehalten. Am vierten März haben wir ein weiteres Mal Rückgrat bewiesen, ein Zeichen gesetzt und Herrn Ramelow im Gegensatz zu CDU/FDP eben nicht durchwinkt.

Als Herr Kemmerich gewählt war, jubelten einige CDUler auf ihrem Landtagsflur. Sie tranken Sekt, lachten und scherzten. Sie sahen tatsächlich glücklich, stolz und erleichtert aus. Vier Wochen später, am Tag der Ramelow-Wahl war es mehr oder weniger still. CDU-Abgeordnete, mit denen man sonst gut auskommt, sahen einem nicht in die Augen oder zuckten mehr oder weniger entschuldigend mit den Schultern. Immerhin wählten am Tag nach der Ministerpräsidenten-Wahl 23 Abgeordnete von (vermutlich) CDU und FDP den AfD-Abgeordneten Prof. Kaufmann zum Vize-Präsidenten.

Als die frei gewählten Abgeordneten Thüringens ihrem Gewissen folgten, wurde Herr Kemmerich gewählt. Als den Abgeordneten ins „Gewissen geredet“ wurde, wurde Herr Ramelow Ministerpräsident. Ohne jeden Zweifel: Herr Ramelow ist der legal gewählte Ministerpräsident. Aber: Sittliche Legitimität hat seine Amtszeit nicht.

Dass er dann noch dem Oppositionsführer, Björn Höcke, den Handschlag verweigerte, nachdem er vier Wochen zuvor seinem Nachfolger Kemmerich überhaupt nicht gratulierte, zeigt, was Ramelow mit dem Kommunismus gemeinsam hat: Beide haben keine Klasse!

Tomasz M. Froelich

Gleich und Gleich gesellt sich gern!

Menschen haben eine Vorliebe für ein gewisses Maß an Homogenität sowie ethnischer und soziokultureller Ähnlichkeit. Ähnlichkeit beeinflusst zwischenmenschliche Prozesse gegenseitiger Anziehung, die für die Gruppenbildung notwendig ist. Wer dies leugnet, lügt. Selbst die größten Befürworter der multikulturellen Gesellschaft, zu denen zweifellos etwa die Grüne Jugend oder die Antifa zu zählen sind, werden sich dies eingestehen müssen: Eine geringere Migrantenquote als in diesen beiden Gruppen findet man hierzulande selten. Sie sind ausgesprochen homogen, auch wenn sie das nicht sein wollen. Auch auf den Schulhöfen oder Universitäten lassen sich entsprechende Muster der Grüppchenbildung ausmachen, die nur ein Blinder übersehen kann. Gegen die Natur kommt man nun mal nicht an. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Das menschliche Bedürfnis nach Identität wird durch Gruppenzugehörigkeit gestillt. Die Gruppenzugehörigkeit stärkt das Artbewusstsein und definiert, wer zur Gruppe gehört und wer nicht – denn würden alle zur Gruppe gehören, wäre die Gruppe obsolet.

In weniger komplexen Gesellschaften früherer Zeit beschränkte sich dieses Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit und Identität auf die eigene Familie und den Bekanntenkreis. In komplexeren, großen, arbeitsteiligen Gesellschaften hat sich diese Familienloyalität ausgedehnt – bis hin zur Nation, die in einer Welt immer größerer Unübersichtlichkeit Ordnung und Orientierung gibt, ohne dabei auf Exklusivität zu verzichten. Die Ausdehnung der Familienloyalität auf größere Gruppen zeigt sich dann auch in Begrifflichkeiten wie „Mutterland“ und „Vaterland“ in Bezug auf die Nation, oder „Bruder“ und „Schwester“ in kirchlichen Kontexten. Patriotismus und andere Formen der über die Gruppe der Familie und Verwandtschaft hinausgehenden Loyalität werden in halbwegs intakten Gesellschaften positiv konnotiert. Dies auch deshalb, weil ihnen – was vielen Menschen nicht bewusst ist – der Hauch des Familiären anhaftet.

Der linke Kampf gegen die Familie ist somit auch ein Kampf gegen die Nation. Und der Kampf gegen die Nation ist ein Kampf gegen Ordnung und Orientierung. Diesen Kampf dürfen und werden die Linken nie gewinnen.

> Menschen haben eine Vorliebe für ein gewisses Maß an Homogenität sowie ethnischer und soziokultureller Ähnlichkeit.

> Die Gruppenzugehörigkeit stärkt das Artbewusstsein.

> Der linke Kampf gegen die Familie ist somit auch ein Kampf gegen die Nation.

Vadim Derksen, Beisitzer im Bundesvorstand der JA

Nach einer ungewollten Weltreise –

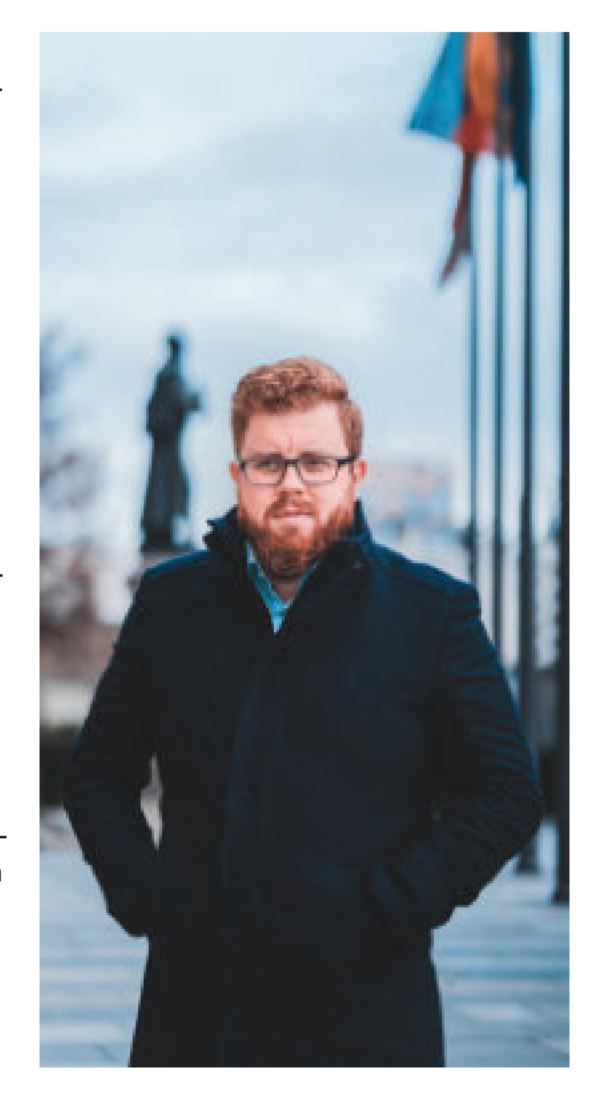
Ankommen in der neuen alten Heimat?

Die Angst um den Verlust der Heimat ist so groß wie nie zuvor.

Heimat – ein viel gebrauchter Begriff, welcher umso öfters gebraucht wird, je mehr man das Gefühl hat, diese zu verlieren. Wir erleben eine konservative Renaissance – Lederhosen und Dirndl sind wieder hipp, lange Haare und Barfußlaufen waren gestern. Und trotzdem ist die Angst um den Verlust der Heimat so groß wie nie zuvor.

Für mich stellte sich die Frage nach meiner Heimat früh. Geboren bin ich in den weiten sibirischen Steppen des Altaigebietes im kleinen Dorf Kosicha mit rund 5000 Einwohnern. Erinnerungen daran habe ich keine, da meine Eltern mit mir ein Jahr nach meiner Geburt 1988 nach Westdeutschland heimgekehrt sind. Wir sind nach dem Übergangslager in Unna-Massen gleich in das beschauliche Augustdorf gezogen.

Zuerst brachte man uns in einer sogenannten Notwohnung unter. Als vierköpfige Familie stand uns ein 20m² großes Zimmer in einer alten Baracke zur Verfügung. Als „Küche“ dienten ein kleines Waschbecken und eine mobile Herdplatte. Gemeinsam mit den weiteren 100 Mitbewohnern teilte man sich die Waschküche und das Bad. Wir klagten aber nicht, sondern waren dankbar. Mein Vater fand innerhalb eines Monats eine Arbeitsstelle, was uns ermöglichte eine Mietwohnung zu beziehen.



Erstmals wurde ich in der Schule mit meinem „Migrationshintergrund“ konfrontiert, was bei meinem russischen Vornamen nicht verwunderlich ist. Im Rückblick merke ich nun deutlich, dass schon Anfang der 90er die ersten Früchte der linken Umerziehung zu sehen waren. Meine Mitschüler bezeichneten mich gern als Russen. Auf die Frage, warum sie das so sehen würden, kam immer die Begründung, ich sei ja in Russland geboren. Daraufhin verwies ich gern auf meine Geschwister, die in Deutschland zur Welt kamen. Mir wurde dann allerdings erklärt, sie seien Deutsche, da sie in Deutschland zur Welt gekommen seien.

Heutzutage kann ich über die verdrehte Ansicht meiner damaligen Mitschüler nur lächeln, denn sie gaben nur die Meinung und Denkweise ihrer Eltern und Umgebung wieder. Aber dies war damals der Anlass, um mich mit der Frage nach meiner Identität und meiner Herkunft auseinanderzusetzen.

Die Suche nach den Wurzeln führte mich über die Sowjetunion und das Zarenreich zurück nach Westpreußen, bis hin nach Ostfriesland. Die russlanddeutsche Geschichte ist für mich zu einer Entdeckungsreise meiner selbst und sogar Teil der deutschen Geschichte geworden, die den wenigsten Deutschen bekannt ist.

Meine Familie gehörte zu den ersten Auswanderern aus der Sowjetunion. Ich kann mich gut erinnern, wie mein Großvater, der bis an sein Lebensende in Russland blieb und nie die Gelegenheit hatte, Deutschland zu besuchen, von der Heimat schwärmte. Der vorwiegend materielle Wohlstand prägte das Allgemeinbild von Deutschland, aber auch die Freiheit, für ihn in erster Linie die Glaubensfreiheit. Deutschland war aber dann doch nicht das Deutschland, das man erwartete, denn es hat mit der 68er Revolution auch einen Wandel vollzogen, der an den Russlanddeutschen vorbei ging. Daher engagiere ich mich in der AfD und der Jungen Alternative.

Denn Deutschland ist nun unsere neue alte Heimat.

Verlieren wollen wir sie nicht noch einmal.

Deutschland war dann doch nicht das Deutschland, das man erwartete.

Die russlanddeutsche Geschichte ist für mich zu einer Entdeckungsreise meiner selbst und sogar Teil der deutschen Geschichte geworden, die den wenigsten Deutschen bekannt ist.

Manuel Wurm

Stellvertretender Schatzmeister im Bundesvorstand der JA

Mein Name ist Manuel Wurm, ich bin 24 Jahre alt, arbeite seit meiner Berufsausbildung zum Steuerfachangestellten im Familienunternehmen, und wohne im multikulturellen Dystopia - Offenbach am Main.

Neben meinem Amt als Stellvertretender Schatzmeister im Bundesvorstand der JA bin ich als Beisitzer auch Teil des Landesvorstands der JA Hessen. Ich bin, zunächst aus Neugier, im Frühjahr 2016 der JA beigetreten, und nachdem ich hierbei auch die Partei kennenlernte und zunehmend am politischen Schaffen teilnehmen wollte, schließlich auch der AfD. Auch wenn ich zuvor schon politisch interessiert war, hat sich mein Blick auf das politische Geschehen, und die entsprechende Berichterstattung darüber, seitdem intensiviert – vor allem aber auch professionalisiert. Gerade durch die Aktivität in der JA und AfD bekommt man wirklich gute Eindrücke über das politische System der Bundesrepublik. Dieser Durchblick hilft, so manche Legende zu enttarnen und fließend zwischen den Zeilen lesen zu können.



Mit der JA verbinde ich aber bei aller Politik tatsächlich auch viele herausragende gesellige Momente. Besuche bei anderen Landesverbänden und Ausflüge, wie beispielsweise der des hessischen Landesverbandes in die ungarische Hauptstadt Budapest im Sommer 2017, waren vor allem Gelegenheiten, großartige Ausflüge zu Unternehmen, Hintergründe zu erleben und ganz nebenbei freundschaftlich Kontakte zu knüpfen. Daher sehe ich den Zweck der JA vornehmlich in der Vernetzung und Ausbildung der AfD zugeneigter Jugendlicher und junger Erwachsener. Denn durch dieses Netzwerk finden die Interessen junger Wähler und Mitglieder in politischen und strategischen Entscheidungen der Partei um ein Wesentliches mehr Gehör.

Durch die Aktivität in der JA und AfD bekommt man wirklich gute Eindrücke über das politische System der Bundesrepublik.

Zweck der JA liegt vornehmlich in der Vernetzung und Ausbildung der AfD zugeneigter Jugendlicher und junger Erwachsener.



JUNGE ALTERNATIVE

UNSERE **HEIMAT.** UNSERE **ZUKUNFT.**

JA, ICH WILL ☐ MITGLIED / ☐ FÖRDERER WERDEN! (bitte entsprechend ankreuzen)
(zw. 14 und 36 Jahre) (ab 18 Jahre)

Mitglieder bestimmen den Kurs der Jungen Alternative maßgeblich mit. Durch basisdemokratische Wahlen und Abstimmungen sind sie daran beteiligt, das Führungspersonal auszuwählen sowie den Programmprozess mitzugestalten. Förderer unterstützen dagegen in besonderer Art und Weise unsere Jugendarbeit, haben aber auf Versammlungen kein Stimmrecht (ggf. jedoch Gast- und Rederecht).

Angaben zur Person

Name, Vorname	Geburtsdatum TT MM JJJJ
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Zusätzliche Adressangaben	Bundesland

AfD-Mitglied? ☐ Ja	Ggf. Mitgliedsnr.	Ggf. Kreisverband

Telefon (mobil)	E-Mail-Adresse
Staatsangehörigkeit	Facebook-Name (falls vorhanden)

Wahl des Jahresbeitrages (bitte entsprechend ankreuzen)

Mindestbeitrag für Förderer

☐ 150,- EUR (Gold)
☐ 100,- EUR (Silber)
☐ 50,- EUR (Bronze)
☐ 20,- EUR (Standard)

Höherer Betrag ____ EUR

Teilnahme am Informationsangebot (bitte entsprechend ankreuzen)

Ja, ich möchte in regelmäßigen Abständen über Veranstaltungen und Aktionen sowie sonstige wichtige Informationen betreffend die Junge Alternative für Deutschland informiert werden. (Du kannst die Einwilligung jederzeit per E-Mail an <info@jungealternative.com> widerrufen.

☐ E-Mail-Rundbrief ☐ Telegram-Broadcast ☐ WhatsApp-Broadcast ☐ SMS

Mit dem Absenden des Antrages erklärst du dich vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Du erklärst dich mit sämtlichen Bestimmungen der Satzung der Jungen Alternative einverstanden, insbesondere mit den ebendort genannten Datenschutzbestimmungen.

SEPA-Lastschriftmandat

Kontoinhaber (falls abweichend)

IBAN

BIC/SWIFT (nur für ausländische Konten)

Hiermit ermächtige ich die Junge Alternative für Deutschland (Gläubiger-ID: DE 91ZZZ 0000 210 1873), widerruflich den zu entrichtenden Beitrag wiederkehrend von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Dieser wird als Jahresbeitrag zum 15. Januar jeden Jahres fällig. Im Eintrittsjahr wird der Beitrag innerhalb des ersten Monates nach Beginn der Mitgliedschaft fällig.

Ich weise mein Kreditinstitut an, die durch die Junge Alternative für Deutschland auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb der ersten acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum kann die Erstattung des Betrages verlangt werden. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Antrag einscannen & an folgende E-Mail-Adresse senden: antrag@jungealternative.com

Datum, Unterschrift:

Entgegennahme des Antrags auch per Post: Junge Alternative für Deutschland, Schillstraße 9-11, 10785 Berlin



Anzeige
JA-SHOP geht online!
JUNGE ALTERNATIVE MUSTERLAND
UNSERE HEIMAT. UNSERE ZUKUNFT.
JUNGE ALTERNATIVE MUSTERLAND
netzseite.jungealternative.online/shop
Patria
LIBERAL SOZIAL
Sei für jeden Infostand,
Parteitag und sonstige Begegnung
bestens ausgestattet!
JUNGE ALTERNATIVE MUSTERLAND